

Redetexte

Nationalrätin Regine Sauter

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende
Geschätzte Kollegin, geschätzter Kollege
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienorientierung und danke Ihnen für Ihr Interesse.

Am 9. Juni stimmen wir über die Prämien-Initiative und die Kostenbremse-Initiative ab. Die beiden Initiativen liefern die falschen Rezepte für echte Sorgen und schiessen weit über das Ziel hinaus.

Mit mir heute anwesend sind Nationalrätin Melanie Mettler und Nationalrat Thomas Bläsi. Gerne zeigen wir Ihnen heute auf, warum beide Gesundheitsinitiativen abzulehnen sind.

Die Prämien-Initiative will, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss.

Was darüber liegt, soll durch die Prämienverbilligungen gedeckt werden. Diese zusätzlichen Kosten müssten der Bund und die Kantone finanzieren. Der Bund würde dabei mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, der Rest verbleibt bei den Kantonen.

Die Kosten für die Prämien-Initiative sind enorm. Ab 2030 würden im schlechtesten Fall – im Maximalszenario des Bundes – bis zu rund 12 Milliarden Franken zusätzliche Ausgaben pro Jahr anfallen. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die Finanzierung der 13. AHV-Rente bereits kostet.

Um die zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren, müsste die Mehrwertsteuer erhöht werden. Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeutet das bis zu 1200 Franken im Jahr weniger im Portemonnaie. Einmal mehr soll der Mittelstand die Rechnung bezahlen. Die Prämien-Initiative ist eine reine Umverteilungsvorlage, von der nur eine Minderheit profitiert.

Die Initiative setzt ausserdem Fehlanreize. Sparsamere Kantone erhalten weniger Bundesbeiträge als die Kantone mit höheren Gesundheitskosten. Damit schafft die Initiative keinerlei Anreize, etwas zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beizutragen. Denn dies würde auch mit geringeren Bundessubventionen einhergehen.

Kopfschmerzen bereitet uns auch die Kostenbremse-Initiative.

Steigen die Gesundheitskosten jährlich 20 Prozent mehr als die Löhne, müssen Bundesrat und Kantone Massnahmen beschliessen. Die Massnahmen müssen bereits im folgenden Jahr wirken. Wie dies konkret gehen sollte, lässt die Initiative offen.

Im Ergebnis bedeutet dies jedoch – da dürfen wir uns nichts vormachen – dass Gesundheitsleistungen rationiert werden. Das sieht im Übrigen auch der Bundesrat so. Dieser Mechanismus ist absurd. Denn der Entscheid für eine medizinische Behandlung kann nur bei einer Ärztin oder einem Arzt oder einer anderen Fachperson aus dem Gesundheitsbereich liegen, aber sicher nicht bei irgendwelchen Theoretikern. Mit der Initiative droht uns eine Zweiklassen-Medizin.

Bundesrat und Parlament lehnen beide Gesundheitsinitiativen ab. Auch das Gewerbe und die Wirtschaft sagen Nein, denn steigende Abgaben oder Steuern bedeuten eine weitere Belastung der Unternehmen und am Schluss auch eine Verschlechterung der Standortbedingungen

Die Sorgen über steigende Krankenkassenprämien müssen jedoch ernst genommen werden. Deshalb hat das Parlament beiden Initiativen einen gezielten Gegenvorschlag gegenübergestellt. Mit dem Gegenvorschlag zur Prämien-Initiative werden die Kantone verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten.

Die Kantone müssen zudem festsetzen, welchen Anteil die Prämie am verfügbaren Einkommen der Versicherten mit Wohnort im Kanton höchstens ausmachen darf. Der Gegenvorschlag sieht eine Entlastung von rund 360 Millionen Franken pro Jahr vor und respektiert zudem die Kompetenzverteilungen in unserem Land. Zudem setzt er bei den Gesundheitskosten an. Das heisst, die Kantone haben einen Anreiz, kostendämpfende Massnahmen zu ergreifen.

Der Bundesrat und die wichtigsten Akteure der Gesundheitspolitik sind sich zudem einig, dass die Effizienz im schweizerischen Gesundheitssystem erhöht werden muss – und auch kann. Sinnvolle Massnahmen können tatsächlich kostendämpfen wirken.

Dazu gehört zum Beispiel eine konsequente Verlagerung stationärer Behandlungen in den ambulanten Bereich. Damit dies passiert, müssen Fehlanreize beseitigt werden. Genau das hat EFAS zum Ziel, die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, die das Parlament letztes Jahr beschlossen hat.

Damit liegen gute Alternativen auf dem Tisch.

Die Initiativen wollen hingegen der Bevölkerung mit ihrem Anliegen ein Medikament verschreiben, das gefährliche Nebenwirkungen haben wird.

Deshalb sagen wir Nein zu beiden Initiativen.

Herzlichen Dank.

Nationalrat Thomas Bläsi

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende
Sehr geehrte Damen und Herren

Auch ich begrüße sie ganz herzlich zur heutigen Medienkonferenz.

Die Prämien-Initiative ist ungeeignet, die Herausforderungen im Gesundheitswesen anzugehen. Gegen die Initiative sprechen mehrere gute Gründe:

1. Die Initiative **löst keine Probleme**, sondern bekämpft nur Symptome.
2. Die Initiative **führt zu horrenden Kosten** und belastet den Mittelstand.
3. Die Initiative schafft **Fehlanreize** und bestraft sparsame Prämienzahler.
4. Die Initiative hebt den **Föderalismus** aus.

Heute zahlen Bund und Kantone insgesamt 5,5 Milliarden Franken pro Jahr für die Prämienverbilligung. Im Jahr 2020 hat der Bund 2,9 Milliarden Franken beigesteuert, die Kantone 2,6 Milliarden.

Mit der Initiative werden die Subventionen für die Prämienverbilligungen explodieren. Eine Antwort auf die steigenden Prämien liefert die Initiative hingegen nicht. Die Initiative ist also reine Symptombekämpfung, ohne das Problem an der Wurzel zu packen. Es wird einfach mehr Geld ins System gepumpt.

Der Bundesrat hat diese zusätzlichen Gelder berechnet. Er geht von bis zu rund 12 Milliarden Franken pro Jahr ab 2030 aus. Damit steigen die Kosten für Bund und Kantone um einen Viertel.

Der Bund müsste laut dem Initiativtext zwei Drittel der Zusatzkosten tragen. Doch wer finanziert das?

Dass die Ausgaben gekürzt werden, ist unwahrscheinlich. Für so einen grossen Betrag ist das kaum möglich. Es braucht also weitere Einnahmen. Das sagt auch der Bundesrat. Eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer ist somit unumgänglich. Eine Mehrwertsteuererhöhung belastet die ganze Bevölkerung. Das ist unsozial.

Wird der Anteil des Bundes über die Mehrwertsteuer finanziert, dann muss die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunkte erhöht werden. Das Resultat wäre eine Mehrwertsteuer von über 10 Prozent.

Die Prämien-Initiative setzt zudem Fehlanreize. Die Motivation, sich als Prämienzahlerin oder Prämienzahler kostenbewusst zu verhalten, fällt weg.

Die aktuellen Prämienentlastungen basieren auf dem föderalen Prinzip der Schweiz. Der Föderalismus geht davon aus, dass die Kantone am besten wissen, welche Entlastung es im eigenen Kanton braucht.

Die masslose Prämien-Initiative der SP will damit Schluss machen. Der Föderalismus wird mit Füßen getreten. Die Kantone werden zur Kasse gebeten. Gleichzeitig wird ihnen Verantwortung entzogen. Ein solcher Zentralismus passt nicht zur Schweiz.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Die Prämieninitiative löst keine Probleme, verursacht enorme Kosten, setzt Fehlanreize und missachtet den Föderalismus.

Deshalb sagen wir Nein zur Prämien-Initiative.

Meine Nationalratskollegin Melanie Mettler wird nun auf die Kostenbremse-Initiative eingehen. Die Kostenbremse-Initiative ist ein unverantwortliches Experiment. Sie koppelt unsere Gesundheitsversorgung an die Lohnentwicklung. Je schlechter die Wirtschaft läuft, desto mehr müsste in der Gesundheitsversorgung gespart werden. Eine absurde Vorstellung.

Die konkreten Argumente gegen die Initiative hören Sie nun von Melanie Mettler, an die ich hiermit gerne das Wort übergebe.

Herzlichen Dank.

Redetext Nationalrätin Melanie Mettler

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte sie ebenfalls ganz herzlich zur heutigen Medienorientierung begrüßen.

Die Kostenbremse-Initiative mag auf den ersten Blick verlockend klingen. Wer möchte nicht, dass die Kosten im Gesundheitswesen begrenzt werden? Doch wir müssen klar erkennen, dass diese Initiative mehr Schaden als Nutzen anrichten würde. Sie gefährdet die Qualität der Gesundheitsversorgung und setzt die Bedürfnisse aller aufs Spiel.

Die Schweiz hat ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem. Es gehört zu den besten der Welt. Der Zugang zur richtigen Versorgung steht der gesamten Bevölkerung offen. Das muss so bleiben.

Die hier konkret ans Wirtschaftswachstum gekoppelte Begrenzung der Gesundheitsausgaben würde zu drastischen Einschnitten führen. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und andere Gesundheitsdienstleister müssten dringend benötigte Leistungen einsparen. Dies könnte sich negativ auf die Behandlungsqualität und die Wartezeiten auswirken. Insbesondere in Zeiten wie diesen, in denen das Gesundheitssystem bereits stark belastet ist, können wir uns solche Risiken einfach nicht leisten.

Auch die Prämieninitiative steht vor ähnlichen Herausforderungen. Ja, wir alle wünschen uns eine Entlastung der finanziellen Belastung durch Krankenkassenprämien. Doch die vorgeschlagene Lösung ist nicht tragfähig, setzt Anreize am falschen Ort und löst nicht unser tatsächliches Problem der fehlenden Harmonisierung.

Eine Kostenbremse, die voll von der Konjunktur abhängig ist, orientiert sich an der falschen Grösse.

Deutschland hat dieses sogenannte Globalbudget ebenfalls eingeführt und kürzlich entschieden, sich von der starren Regel wieder zu verabschieden. Wegen der Art der Ausgestaltung haben Ärzte und Ärztinnen häufig noch vor Monatsende ihr Behandlungsbudget ausgeschöpft und können deshalb keine weiteren Patientinnen und Patienten behandeln. Kranke müssen auf ihre Behandlung warten.

Die Kostenbremse will ein solches System jetzt in der Schweiz einführen, obwohl man in Deutschland sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht hat.

Der Mechanismus der «Kostenbremse» ist absurd. Wenn es uns wirtschaftlich schlechter geht, muss weniger behandelt werden.

Das ist fatal. Die Gesundheitsversorgung muss sich am Bedarf aller orientieren. Es darf nicht sein, dass Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schlechter behandelt werden.

Die Effizienz im Gesundheitssystem zu steigern und die Kosten zu dämpfen ist richtig. Das gesundheitliche Wohlergehen an die wirtschaftliche Entwicklung zu koppeln, ist aber falsch.

Wir müssen nachhaltige Lösungen finden, um das Gesundheitswesen zu stärken und gleichzeitig die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu verringern.

Ich lege grossen Wert darauf, die Lebensqualität aller Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt zu stellen. Eine effiziente Gesundheitsversorgung sollte präventiv ausgerichtet sein, hohe Behandlungsqualität bieten und den gesamten Genesungsprozess berücksichtigen. Dieser Ansatz birgt nicht nur ein erhebliches Sparpotenzial, sondern führt auch zu einer besseren Versorgungsqualität.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Vergütung nach Qualität statt Quantität. Das aktuelle System enthält zahlreiche Fehlanreize, die dringend überarbeitet werden müssen. Eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen sowie eine Überarbeitung der veralteten Tarifstruktur TARMED sind hier dringend erforderlich.

Des Weiteren betonen wir seit Jahren die Bedeutung einer regionalen Versorgungsplanung mit einem immensen Hebel, um Doppelspurigkeiten zu beseitigen. Durch die Schaffung von Gesundheitsregionen kann die interkantonale Koordination verbessert und die Effizienz der Versorgung gesteigert werden.

Viertens spielt die Digitalisierung ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen. Ein elektronisches Patientendossier ermöglicht eine bessere Abstimmung zwischen verschiedenen medizinischen Fachpersonen und reduziert die Fehleranfälligkeit.

Darüber hinaus ist es entscheidend, medizinischen Fachpersonen mit den erforderlichen Entscheidungskompetenzen auszustatten, um Umwege und damit verbundene Kosten zu vermeiden, gerade auch in der Pflege.

Und ja, auch die Harmonisierung der Prämienverbilligung und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Versorgungssicherheit sind wichtige Punkte, um die Herausforderungen im Gesundheitswesen anzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Unser Anspruch an uns selbst muss sein, dass wir umfassende Lösungen entwickeln, die nicht nur die Kosten im Blick behalten, sondern auch die Qualität der Versorgung und die Lebensqualität aller verbessern. Hier meine ich explizit auch die Parteien, die hier selbst das Mittel einer Volksinitiative gewählt haben, für Anliegen, die sie auch als Regierungsparteien vorantreiben können.

Einen Punkt möchte ich noch anführen: Die strikte „Kostenbremse“ führt in wirtschaftlich schlechten Zeiten zu Sparübungen, die auch das Gesundheitspersonal betreffen. Im Jahr 2021 haben 61 Prozent der Bevölkerung der Pflegeinitiative zugestimmt. Die Initiative hat zum Ziel, die Situation im Pflegebereich zu verbessern.

Doch wie soll die Pflegeinitiative mit der Kostenbremse zusammengehen? Gar nicht, die beiden Initiativen sind nicht vereinbar.

Die Kostenbremse-Initiative betrifft 230'000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Spitälern also ganz direkt.

Wir rufen die Stimmbevölkerung dazu auf, die Kostenbremse-Initiative und die Prämieninitiative abzulehnen. Wir müssen verantwortungsbewusst handeln und Lösungen finden, die den Bedürfnissen aller gerecht werden.

Herzlichen Dank.

Nun stehen wir gerne für Ihre Fragen bereit.